

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die unentgeltlich eingehende Manuskripte über- nimmt die Redaktion keine Verantwortung für.

Redaktion: Zedlitz, Postfach 100 in Berlin. Druck und Verlag von Robert Müller in Berlin.

Die „konstitutionelle“ Posse.

Die verfallene Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat ihre Aufgabe mit bewundernswürdigen Echarf- sinn begriffen und mit erstaunlicher Konsequenz gelöst. Man darf sich dabei allerdings nicht an den öffentlichen Vortrag halten, welcher der Kommission vom Plenum erteilt wurde; denn danach hätte sie eigentlich die konstitutionellen Konsequenzen aus den Novemberdebat- ten über die persönliche Politik nach zwei Richtungen ziehen sollen, nämlich einmal auf dem Gebiet der Geschäftsordnung des Reichstages und dann durch eine zweifelhafte Interpretation der Reichsverfassung. Aber die Kommission wollte nur zu gut, daß ihr geheimer Auftrag ganz anders lautete, nämlich die konstitutionellen Garantien erst zu verwickeln und dann zu begraben. Und beides hat sie mit einer Präzision vollzogen, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

Zunächst die Verschleppung! Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Kommission mehr als ein Vierteljahr braucht, um einen einzigen Paragraphen der Geschäftsordnung des Reichstages, nämlich den von der Beantwortung der Interpellationen handelnden § 33 der Geschäftsordnung, in eine brauchbare Form zu gießen. Als in den kürzlichsten Herbsttagen des Jahres 1902 sich eine Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages als notwendig erwies, um den Zolltarif durchzuführen, da brachte das reaktionäre Kartell die Änderung der Geschäftsordnung in 21 Stunden fertig. Seit, wo es sich darum handelt, die Rechte des Parlamentes der Regierung gegenüber zu erweitern, waren mehr als drei Monate nötig, um — nichts zu erreichen. Denn die im Dezember zusammengetretene Kommission hat es fertig bekommen, ihre Beratungen bis zum Ende des März hinzuziehen. Sie wird am nächsten Dienstag zusammenzutreten, um ihren Bericht für das Plenum fertigzustellen. Nun darauf folgenden Mittwoch geht aber der Reichstag in die Osterferien, so daß er frühestens Ende April in die Lage kommt, sich die Beschlüsse der Kommission etwas genauer anzusehen. Dabei ist noch zu erwähnen, daß die Kommission sich mit den Verfassungsfragen überhaupt nicht befähigt hat. Wirklich, es ist ein technisches Kunststück, die Zeit so systematisch totzuschlagen.

Dann das Verzögern! In der konstitutionellen Forderung. Es sind gerade vierzig Tage her, daß wir auf den Bericht der Kommission über die Anfrage bei Interpellationen aufmerksam machten. Die Kommission hatte sich lediglich auf dem lapidaren Satz geeinigt: „Die Stellung eines Antragers bei der Beantwortung der Interpellation ist unzulässig.“ Dieser Satz ist aber identisch mit der bisherigen Bestimmung des § 33 der Geschäftsordnung des Reichstages. Man konnte auf die Kommission das höchste Wort Neptuns anwenden: „Ein Mann, der spekuliert, ist wie ein Tier auf dürrer Erde, vom bösen Geist im Kreis herumgeführt.“ denn auch die Kommission war wieder am Ausgangspunkt angelangt, nur daß sie sich nicht von spekulativen, sondern von reaktionären Motiven leiten ließ.

Weshalb ist dann die Befestigung der Kommission vollzogen worden? Es konnte sich um ein gewöhnliches „herausfinden“, indem sie wenigstens einen vernünftigen Beschluß über die „kurzen Anfragen“ faßte, die der Reichstag bitter nötig braucht, wenn er die Reichsregierung nicht völlig willkürlich schalten und walten lassen will. Hat doch erst die Beratung des englischen Flottenbudgets wieder gezeigt, daß dem Reichstag die wichtigsten Vorgänge an dem Gebiet der auswärtigen Politik vorantreiben werden, aber das hat die ungenügend tüchtige und feindselige Geschäftsordnungs-Kommission nicht gehindert, gestern auch die Anfrage über die „keinen Anfragen“ in Paris und Bogen abzulehnen. Der Friede der parlamentarischen Kundertube am Königspalast soll eben nicht durch unzeitige Reue gerührt werden.

Die Kommission wird also in ihrem Bericht nur konstatieren können, daß sie mit Leuten händelt, vor das Plenum tritt. Selbstverständlich gibt es eine Partei immer der anderen die Schuld. Besonders die liberalen Parteien beklagen sich sehr beweglich darüber, daß sie vom Zentrum verrotten und verkauft worden sein. Etwas Wahres ist auch daran. Das Zentrum geht sich in der Rolle der „hinnichtigen Mächte“, die den Armen schuldig werden lassen, um ihn dann die „Rein“ zu überfallen. Sie treiben sie die Liberalen zu Beschlüssen, die von den Konservativen als zu weitgehend abgelehnt werden; in der Schlussabstimmung aber legen sie sich auf die reaktionäre Seite und machen alles fertig. Aber im Krieg geht es eben wie im Krieg zu. Das Zentrum steht in der Opposition. Wenn man ihm etwas verzeihen kann, so ist es höchstens, daß es nur taktisch opponiert, sonst aber grundlos zwischen rechts und links hin und her pendelt. Die Freiwillichen glauben ja gerade recht ung zu operieren, wenn sie auf ihre Grundzüge verzichten. Sonst wäre es doch nicht zu verstehen gewesen, daß sie bei der Beratung der Anfrage bei Interpellationen sich auf die konservative Seite geschlagen und „unter Vorbehalt“ für die Abwägung der oppositionellen Minderheit getimmt hätten. Geschloßen hat ihnen diese liberale Abstimmung nicht als mindere; aber sie wurden dadurch in schlimmeren Kompromittiert. Sonst hätte Herr Müller-Reinungen auch

nicht mit Herrn Zund zusammen den Fürsten Bülow anrufen und sich von ihm eine Information über das Maß der nach der Meinung des verantwortlichen Reichsbeamten zulässigen Erweiterung der Parlamentenrechte erbitten können. Vielleicht hofft Herr Müller-Reinungen immer noch auf den Fürsten Bülow als den Retter in der Not. Aber wir fürchten, daß er abermals eine Enttäuschung erleben wird.

Die Kommission hat versagt. Die Posse ist aus. Aber das Plenum ist nicht verpflichtet, sich den Kommissionsbeschlüssen zu fügen und die ganze Verfassungsaktion im Sande verlaufen zu lassen. Noch ist die Möglichkeit gegeben, der Angelegenheit eine andere Wendung zu geben, wenn der freisinnigen Opposition über die Rechte des Reichstages sich den konstitutionellen Garantien gegenüber ablehnend verhält. Dann wird wenigstens eine politische Klärung erfolgen; und eine solche Klärung wäre vielleicht noch mehr wert als eine papierne Änderung der Geschäftsordnung und der Befreiung, von der die Mehrheit des Reichstages keinen Gebrauch zu machen entschlossen ist.

Die Frist.

Die Vermittlungsaktion der Mächte.

Die von England eingeleitete Vermittlungsaktion ist, wie schon im heutigen Morgenblatt gemeldet wurde, ge- eizert, weil Herr v. Neureuthal geglaubt hat, die beiden englischen Vorschläge nicht akzeptieren zu können. Wie diese Vorschläge eigentlich lauten, ist bisher nicht bekannt geworden, und man weiß nur, daß sie danach hinstreben, Serbien sollte die böhmische Annexionsfrage für definitiv gelöst und erledigt erklären. Ein Briefwechsel zwischen dem Wiener „Neuen Freien Presse“ möchte zu sagen, die von England vorgeschlagene Formel bestche darin, daß Serbien gleichzeitig mit den Großmächten erklärt, das österreichisch-ungarische Übereinkommen anzuerkennen.“ Nach anderen Informationen belagte die Formel Sir Edward Grey: „Serbien erklärt sich für die Be- freiung der Annexionsfrage von den Großmächten an“ — die bereit seien, der Annexion zuzustimmen. Herr v. Neureuthal hat eine solche Antwort anscheinend gefunden, und er mag dabei von der Er- wägung ausgegangen sein, daß Rußland sich bisher nicht un- einseitig bereit erklärt, die Annexion Bosniens und der Herzegovina einzufach zu ratifizieren. Solange aber Rußland seine Zustimmung zur Annexion nicht erteilt, solange kann Herr v. Neureuthal auch eine Erklärung, wonach Serbien sich in der Annexionsfrage, den anderen Mächten angeschlossen, naturgemäß nicht für bindend erachten.

Sie Edward Grey hat dann noch einen zweiten Vorschlag gemacht, der die Abrüstungsfrage betrifft. Es scheint, daß er vorgeschlagen hat, Serbien sollte sich zur sofortigen Abrüstung bereit erklären, falls Österreich-Ungarn beschließt, seine Abrüstungsabsichten zu legen. Sollte der englische Vorschlag wirklich so lauten, so vermögen wir nicht einzusehen, warum Herr v. Neureuthal ihn zurückgewiesen hat. Wir haben schon am Montag früh gesagt, Herr v. Neureuthal möchte das Serbien nicht verlassen, daß man den Frieden gerade Brücken bauen wolle. Man scheint leider in Wien heute zur Beantwortung dieser Antwort zurückgekehrt zu sein.

Die Dinge liegen nun so, daß die englische Vermittlungs- aktion außer Acht gelassen ist, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten aber doch weitergehen. In Wien hat man, wie wir vernehmen, den Mächten mitgeteilt, daß man noch vier Tage (den heutigen Tag eingeschlossen) warten wolle, daß man aber — falls inzwischen keine Einigung erzielt worden — am Sonnabend in Belgrad das Ulti- matum überreichen lassen werde. Wiener Depeschen behaupten sogar, daß das Ultimatum schon morgen überreicht werden solle. Herr v. Neureuthal sagt den Mächten, die sich abmühen, um den Willen Österreich-Ungarns das schadhafte Gut des Friedens zu erhalten: „Wer Züge oder weniger“ will sich auch um die englische Krieg, dieser Krieg ohne Objekt und ohne greifbare Ursache, beginnen.

Wir glauben auch heute noch, daß es nicht dahin kommen wird, und auch der mehr als pessimistische Ton aller aus Wien hier eintreffenden Telegramme kann uns in diesem Glauben nicht brechen. Die Vermittlungsmächte — zu denen man in erster Linie die drei Westmächte, England, Frankreich und Italien, zählen muß — werden in den vier Tagen ihr mög- lichstes tun, um die russische Regierung zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und um von Rußland eine klare Zustimmung zur Annexion zu erlangen. Daneben scheint es uns freilich nötig, daß die deutsche Diplomatie — die in ihrem Unverständnis für feine Nuancen die selbstverständliche Bandbreite mit einem Gedanken- und ziellosen Mitteln verwechselt — auch in Wien die „Goldene Brücke“-Theorie vertritt. Man konnte heute früh in einem Berliner Blatt eine von Wiener offizieller Seite kommende Erklärung lesen, in der von einem „Sö- sigen Reichlands“ die Rede war und in der es denn hieß: „Österreich-Ungarn sieht mit großer Zuersticht in die Zukunft und verläßt sich mit vollem Vertrauen auf seinen großen Verbündeten.“ Weiter wurde gesagt: „An den Vorkrieg ist es, Gut und Blut zu geben, damit sie die Aufgabe Österreich-Ungarns in der Welt vollenden werde.“ Gerade mit einem solchen Inhalt eine so vollen Vertrauen auf seinen großen Ver- bündeten ist, und weil niemand in Deutschland wünscht oder würden kann, dieses Vertrauen zu entschlößen, hat die deutsche Regierung die Pflicht, ihren verständlichen und mitreden Einfluß in Wien geltend zu machen. Es ist absolut töricht, wenn ein offizieller Herr — ein Mitarbeiter des Berliner Fas- wärtigen Amtes — in der „Säbentischen Reichsboten- zeitung“ erklärt: „In der letzten Frage lassen sich in Wien nicht auf andere diplomatische Schritte tun, als von

Österreich-Ungarn selbst gewünscht werden.“ Mit dem gleichen Recht könnte man auch in Petersburg nur die Schritte tun dürfen, die von Herrn Iswolski, selbst gewünscht werden, und unter solchen Umständen gäbe es nie und nirgend eine Vermittlungsaktion.

Die Forderung des Tages ist: Rußland muß ohne weitere Zweideutigkeit seine Bereitwilligkeit erkennen geben, gleich den anderen Mächten die Annexion Bosniens und der Herzegovina einzufach zu ratifizieren. Darüber hinaus darf man fordern, daß Herr v. Neureuthal die „Frist“, die er den Mächten gesetzt, falls nötig, verlängert, und daß er der serbischen Regierung die Abrüstung nicht durch Bedingungen hindert, deren Annahme sehr wohl eine Revolution zur Folge haben könnte.

Das österreichische Ultimatum.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

Wien, 21. März.

Ein authentischer Quelle wird hier mitgeteilt, daß Graf Forgach morgen die österreichische Note in Belgrad über- reichen wird. Der ungarische Ministerpräsident begibt sich heute nachmittags nach Wien, wo die Regierungen bis Freitag alle noch schwebenden Fragen erledigen werden. (Nach den Informationen, die an hiesiger zuständiger Stelle eingelaufen sind, wäre das Ultimatum — wie schon weiter oben angeführt — erst für Sonnabend zu erwarten. Die Redaktion.)

In den Verhandlungen ist eine neue Verschlimmerung eingetreten. Baron Neureuthal hatte gegen den ersten englischen Vorschlag gewisse Einwendungen erhoben, welche Reichs- rath Gortchakow nach London berichtet hatte. Heute ist die Antwort des Londoner Kabinetts in Wien eingetroffen, und sie lautet nach hiesiger Auffassung unbefriedigend. Daher ist fast jede Aus- sichts geschwunden, die mittlere Linie zwischen den gegen- sätzlichen Auffassungen zu finden. Man weiß zur Stunde noch nicht, ob die Verhandlungen noch weiter laufen werden.

Zum Schreiten der englischen Mediation wird in hiesigen offiziellen Kreisen folgendes bemerkt: Die Vermittlung zielt zu einzig darauf ab, eine Formel zu finden, durch welche die serbische Politik zum Abschluß gebracht werden sollte, auf demselben, Österreich-Ungarn Konzeptionen abzurufen, durch welche die böhmische Frage offen gehalten werden sollte. „Österreich-Ungarn“, so wird mit erklärt, „konnte darauf nicht ein- geben, da es gerade mit Rücksicht auf die Gefahren einer politischen Lage dieser Art, auf die heimliche Bedrohung neuer schädlichen Grenzen und die großen Ausgaben, die ihm die Konzeption auferlegen, den Wunsch hat, die böhmische Frage und die Einstellung der serbischen Abteilungen anzuhalt. Die letzte Barriere bis zum nächsten Schritte Österreichs in Belgrad wurde weniger Serbien geboten, das nur russischen Einflüssen Folge leisten, als den Entente-Mächten, damit sie sich befinden und die Verfolgung der russischen Freigepolitik auf- geben, die mit der Schaltung des Friedens unvereinbar ist.“ Der Serbe hat sich bereits mit der Frage der Finanzierung der serbischen Kampagne, nach den anderen bisher zu Klärungen verwendeten Ausgaben verhalten die Regierungen nur noch über die Mittel von etwa 300 Millionen Kronen. Die Parlamente in Österreich und Ungarn wurden beauftragt gehalten, um eventuelle Kriegskredite votieren zu können. Dies wird ohne zu weiteren Rücksicht geschloßen. Man glaubt, daß vorläufig Schachschere im Betrage von einigen hundert Millionen emittiert werden dürfen.

Optimismus in Budapest.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

W Budapest, 21. März.

Ich erlaube von hervortragender diplomatischer Seite aus Wien, daß bis zur Stunde keine Veranlassung zur Annahme vorliegt, daß der angekündigte Schritt des Grafen Forgach überflüssig geworden sei. Der Ausgang der Verhandlungen wird in Wien lebhaft, in hiesigen Regierungskreisen jedoch nach wie vor optimistisch beurteilt. Premierminister Wokresic begibt sich nach Wien, um die in den nächsten Tagen eventuell notwendig werden- den Verfügungen an Ort und Stelle mit der Gegenzeichnung der ungarischen Regierung zu versehen. Der ungarische Staatsmann antwortete auf meine Frage, trotzdem die Lage sehr ernst sei, glaube er an ein operetives Ende. Serbien werde wohl im letzten Augenblick nachgeben, ein heitrier, aber doch würdiger Abschlus, weil er nicht dem Sieg der Waffen, sondern dem Triumph der Vernunft zu verdanken sein würde.

Das österreichisch-ungarische Geschwader

Kriegsbericht.

Die in Pola zusammengezogene Kriegsflootte der öster- reichisch-ungarischen Monarchie hat nach eingetragenen Meldungen den Befehl erhalten, sich kriegsbereit zum Auslaufen unter Dampf zu halten. Dem Geschwader steht eine verlegte Ober- zugegangene, die erst in See geöffnet werden darf.

Die beiden „Götters“, wie man in Österreich sagt, sind erst neuerdings zu einer erdhöhen Kriegsbereitschaft un- formiert worden.

In die „aktive Flotte“ wurden die drei Miniergeschiffe der Ex- herzogin, die neue Panzerkreuzer „St. Georg“, die beiden Torpedobolzen „Turul“ und „Pandur“ sowie die sechs Postboote „Triton“, „Hydra“, „Eorpion“, „Walter“, „Gobra“ und „Wulow“ eingeteilt.

Der „Neueveestabre“ wurden überwiegen: Die drei älteren Miniergeschiffe „Habsburg“, „Arpad“, „Babenberg“, der Panzerkreuzer „Kaiser Paul VI.“, der kleine Kreuzer „Senta“ und das Torpedobolzen „Maquet“.

Echt in der letzten Zeit wurden mit Dampfern des österreichischen Stab größerer Kruppentransporte — etwa 10.000 Mann —